

## **AK-Präsident Wipplinger: Studiengebühren sind sozial ungerecht und bildungspolitischer Wahnsinn**

Linz (AKO) "Die Studiengebühren müssen weg. Sie sind eine ungeheuerliche Attacke gegen Studierende, vor allem gegen solche aus Arbeitnehmerhaushalten, die nicht reich genug sind, sich diese Zusatzbelastungen leisten zu können", kritisiert AK-Präsident Hubert Wipplinger den gestrigen Ministerratsbeschluss, ab Herbst 2001 jährlich 10.000 Schilling Studiengebühren abkassieren zu wollen.

"Neben der sozialen Ungerechtigkeit hat dieser Beschluss auch zur Folge, dass sozial Schwächere von universitärer Bildung ferngehalten werden", so Wipplinger. Dies sei bei der im Europavergleich niedrigen Akademikerquote ein bildungspolitischer Wahnsinn und ein Rückschritt in die sechziger Jahre.

Derzeit müssen ohnehin schon zwei Drittel der Studierenden neben dem Studium arbeiten, um das Studium finanzieren zu können. Für diese Arbeitnehmer kann die zusätzliche Belastung das Ende des Studium bedeuten.

Das Regierungsargument, mit Einführung der Studiengebühren die Stipendien erhöhen zu wollen, verschleierte nur die Tatsache, dass die Stipendien schon jetzt äußerst ungerecht verteilt sind und das Dazuverdienen zum Stipendium erschwert wurde. Kinder aus Bauern- und Unternehmerhaushalten erhalten ein wesentlich höheres Durchschnittsstipendium als Kinder aus Arbeitnehmerhaushalten.

"Deshalb fordert die Arbeiterkammer die sofortige Rücknahme der Studiengebühren und eine drastische Erhöhung der Stipendien für Arbeitnehmer!", so Wipplinger.

Rückfragehinweis: Arbeiterkammer Oberösterreich

Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: (0732) 6906-2182  
presse@ak-ooe.at  
<http://www.arbeiterkammer.com>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0247 2000-09-20/13:46

201346 Sep 00

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000920\\_OTS0247](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000920_OTS0247)